Krakauer Zeitung.

Nr. 249. Dinstag den 31. October 1865.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr.
Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 26. October d. J. dem Ministerialrathe Ernst Wilhelm Born des Polizeiministeriums bei seinem Uebertritte in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistung das Ritterkreuz Allerhöchstihres Leopold-Ordens taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 26. October d. J. den Sectionsräthen im k. k. Polizeiministerium Dr. Ignaz Kraus und Carl Ritter v. Hiersch in Anerkennung ihrer lobenswerthen Dienstleistung den Titel und Charakter von k. k. Ministerialräthen taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 14. October d. J. den Privatdocenten Dr. Joseph Dastich zum außerordentlichen Professor der Philosophie an der Hochschule zu Prag allergnädigst zu ernennen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Oberst und Commandant des Szluiner Gränzinfanterie-Regiments Nr. 4, Gideon Ritter v. Zastavnikovic, zum Vorstande der 10. Abtheilung des Kriegsministeriums, mit Belassung in der Rangsevidenz seines jetzigen Regiments;

der Oberstlieutenant und Generalstabschef beim Landesgeneralcommando zu Zara, Moriz Rueber v. Ruebersburg, des Generalstabes, zum Obersten, unter Enthebung von seinem dermaligen Dienstesposten;

der mit der Leitung des Generalconsulates zu Serajevo betraute Oberstlieutenant Stephan Jovanovic, des Brooder Gränz-Infanterieregiments Nr. 7, zum Obersten und Commandanten dieses Regiments;

zu Oberstlieutenants die Majore:

Friedrich Jung, Carl Bolzano Edler v. Kronstätt und Ludwig Ritter v. Pielsticker, des Generalstabes, im Corps;

Gustav Adolph Begg v. Albensberg, des Infanterieregiments Freiherr v. Kellner Nr. 41;

Emanuel Freiherr Henniger v. Eberg, des Infanterieregiments Graf Crenneville Nr. 75;

Alexander Graf Kálnoky de Köröspatak, des Uhlanen-Regiments Graf Grünne Nr. 1;

Maximilian Edler v. Hirsch und Joseph v. Leard, des Geniestabes, alle mit Belassung in ihren dermaligen Regimentern und Corps;

zu Majoren die Hauptleute und Rittmeister erster Classe:

Joh. Freih. v. Waldstätten, des Generalstabes, im Corps;

Albin Ritter v. Gröller, des Infanterieregiments Freiherr v. Ajroldi Nr. 23;

Wilhelm Dittrich, des Infanterieregiments Freiherr v. Kellner Nr. 41, beide in ihren Regimentern;

Guido Bogner Ritter v. Steinburg, des Infanterieregiments Leopold II., Großherzog von Toscana Nr. 71, beim Infanterieregimente Graf Crenneville Nr. 75;

Ludwig Riebesam, des Uhlanenregiments Graf Grünne Nr. 1, im Regimente;

Friedrich Fößl, des Geniestabes, in der Geniewaffe;

Bernhard Schiffer, des Infanterieregiments Ludwig III., Großherzog von Hessen Nr. 14, bei der Montursbranche, mit der Eintheilung als zweiter Stabsofficier bei der Montursommission zu Alt-Ofen.

Uebersetzungen:

Der Oberst und Commandant des Brooder Gränzinfanterie-Regiments Nr. 7, Carl Schwarzenbrunner, in gleicher Eigenschaft zum Szluiner Gränzinfanterieregimente Nr. 4;

der Oberstlieutenant Vincenz Ritter Podlewski v. Bogorya, vom Generalstabe zum Infanterieregimente Freiherr von Nagy Nr. 70;

der Oberstlieutenant Carl v. Tegetthoff, vom Infanterie-Regimente Graf Crenneville Nr. 75, zum Generalstabe;

der Oberstlieutenant und Flügeladjutant Sr. Majestät des Kaisers, Joseph Latour v. Thurnburg aus der Rangsevidenz des Infanterieregiments Freiherr von Gerstner Nr. 8 in jene des Infanterieregiments Ludwig II. König von Baiern Nr. 5;

der Major und Flügeladjutant des Kriegsministers, Alfred Ritter v. Kraus aus der Rangsevidenz des Infanterieregiments Albert Kronprinz von Sachsen Nr. 11, in jene des Infanterie-Regiments Michael Großfürst von Rußland Nr. 26.

Verleihung:

Dem Hauptmann erster Classe Ludwig Froschmayer von Scheibenhof, des Ruhestandes, der Majorscharakter ad honores.

Pensionirungen:

Der Oberst und Vorstand der 6. Abtheilung des Landesgeneralcommando zu Hermannstadt, Ferdinand Mayer v. Alsó-Ruszbach, des Geniestabes, auf seine Bitte;

der Oberstlieutenant Victor Gugg v. Guggenthal, des Armeestandes, zugetheilt im Kriegsarchive, auf seine Bitte;

der Oberstlieutenant Anton Freiherr Caballini v. Ehrenberg des Armeestandes, Reitlehrer an der Kriegsschule, und

der Major Johann Fekkar v. Burggreif, Commandant des Garnisonsspitales zu Venedig.

Der Staatsminister hat den Lehramtscandidaten Leander Tallandini zum wirklichen Lehrer für die lombardisch-venetianischen Gymnasien ernannt.

Der Staatsminister hat den Gymnasiallehrer in Capo d'Istria Franz Spitaler zum wirklichen Lehrer der k. k. Oberrealschule in Görz ernannt.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den anderen betheiligten Centralstellen die Gründung einer Actiengesellschaft zum Fortbetriebe der Baumwoll- und Filosellspinnerei in St. Anton bei Bozen bewilligt und die Statuten dieser Gesellschaft genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Der Nationalverein.

* Die mit so großer Spannung erwartete General-Versammlung des National-Vereins in Frankfurt hat ungestört ihren Verlauf genommen. Die Besorgnisse, daß Preußen Gewaltschritte gegen die General-Versammlung des Nationalvereins unternehmen werde, waren ungegründet. Preußen hat auch durchaus keine Veranlassung, mit dem Resultat der Besprechnng des Vereines unzufrieden zu sein. Der den Bestrebungen Preußens von jeher holde und für die „preußische Spitze" in Deutschland schwärmende Verein ist auch diesmal seinen Ansichten treu geblieben und hat unter Einschmuggelung eines Passus zu Gunsten des preußischen Abgeordnetenhauses und seiner Bestrebungen, der etwas unliebsam in Berlin vermerkt werden dürfte, decretirt, daß die deutsche Centralgewalt, der Context der Schlußfassung läßt eine andere Annahme nicht zu, Preußen übertragen werde. Der Ausschuß und nach ihm die Versammlung des Nationalvereines haben nämlich, wir wissen nicht warum, für nöthig erachtet, diese ihre Willensmeinung nicht schroff und gradezu auszusprechen, sondern ihre Ansicht in eine Umschreibung zu hüllen und zu erklären, daß die Leitung der Centralgewalt dem größten reindeutschen Staat zufallen solle. Dieser Staat wäre Baiern mit 1686 Quadratmeilen und einer reindeutschen Bevölkerung, denn Preußen hat ja das Unglück, daß seine reindeutschen Schwingen mit den Gewichten der slavischen Provinzen Posen und Preußen belastet sind. Entweder hält der Nationalverein die nichtdeutsche Bevölkerung dieser Länderstriche für einen gegen die deutsche und ihre „Absorptionsfähigkeit" verschwindenden und den deutschen Charakter derselben nicht alterirenden Bruchtheil, eine Ansicht, die an gewissen Orten lebhaft bekämpft wird, oder hat derselbe nur die dem Bunde angehörigen Länder der einzelnen Staaten im Auge. Wie dem auch sei, nach dem Ausspruch des Nationalvereins ist Preußen vor Allen berufen und befähigt, die Geschicke Deutschlands zu lenken; Oesterreich ist abermals aus Deutschland hinausballotirt und verurtheilt, einen unnatürlichen Schwerpunct außerhalb zu suchen, den Millionen Deutscher in Oesterreich entweder die Rolle Mosis vor Canaan oder das Los zugedacht, in irgend einem der übrigen Volksstämme der Monarchie aufzugehen. Daran, daß Preußens Hegemoniebestrebungen den Beifall seiner so trefflich militärisch gedrillten Unterthanen haben, ist nicht zu zweifeln, aber nicht minder sicher ist es, daß die Redeübungen des sog. Nationalvereins kein Titelchen von Macht dem von ihm bevorzugten Staat beizulegen und etwas an den wohlberechtigten Ansprüchen der anderen Staaten, an dem Entschluß und an der Kraft diese zu wahren zu ändern vermögen.

Der politische Bericht für die Generalversammlung des National-Vereins zerfällt in eine Einleitung und sechs Abschnitte.

In der Einleitung wird constatirt, daß der Verein inmitten der Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage wenigstens die sittliche Kraft bewahrte, welche die wesentlichste Voraussetzung des zukünftigen Erfolges ist und bleibt.

Abschnitt I. des Berichtes behandelt die schleswig-holstein'sche Angelegenheit und sagt: Oesterreichs Betheiligung habe nur den Zweck, Preußen zu verhindern, daß es einseitigen Nutzen ohne entsprechende Entschädigung Oesterreichs ziehe. Preußen sei in einer ganz anderen Stellung. Preußens Ziel in den Herzogthümern sei sicherlich unter den gegenwärtigen — theilweise selbstgeschaffenen — Umständen, und mit den bisher angewendeten Mitteln unerreichbar. Weder die zwischenliegenden Ereignisse, noch der heutige Stand der Dinge könne dem Nationalverein Anlaß geben, seine Stellung zu ändern. Sein Programm bestehe aus zwei Puncten:

1. daß die staatlichen Zustände der Herzogthümer nach Maßgabe der Rechtsüberzeugungen und des vernünftigen Selbstwillens der Bevölkerung der Herzogthümer geordnet werden; und

2. daß von den Herzogthümern diejenigen Zugeständnisse an Preußen gemacht werden, die das Interesse Deutschlands, namentlich die Zukunft der Marine desselben, gebieterisch fordert. — Dieses Programm sei von den Herzogthümern und vom liberalen Deutschland überhaupt, angenommen. Das Berliner Compromiß vom 20. März wahre die Selbstständigkeit der Herzogthümer in inneren Angelegenheiten, mache anderseits eine Reihe von Zugeständnissen an Preußen, und sei vom schleswig-holstein'schen Volke durch die Presse, Vereine und ständische Körperschaften genehmigt. — Die schließliche Regelung der schleswig-holstein'schen Frage könne jedoch rechtsgiltig nur unter Beistimmung des schleswig-holstein'schen Volkes geschehen. Die Annexion müßte dem Auslande um einen Preis abgekauft werden, welchen Graf Bismarck nicht zahlen kann, auch wenn er will. Ließe sich auch hie und da in Preußen die Volksmeinung durch trügerische Aussichten auf Machtvergrößerung blenden, so werde doch die Gesammtmeinung und der Gesammtwille des preußischen Volkes durch das Abgeordnetenhaus ausgesprochen werden.

Abschnitt II. des Berichtes bespricht die inneren Zustände Preußens und schließt mit einer Anerkennung der Festigkeit und Ausdauer des preußischen Volkes und der preußischen Vertreter im Kampf um das Verfassungsrecht.

Abschnitt III. behandelt die Lage Oesterreichs und sagt: der Ausgang der neuen Verfassungskrisis entziehe sich noch jeder Berechnung. Deutsch-Oesterreich selbst stehe noch der ihm gestellten Aufgabe rathlos gegenüber: dieser Rath könne nicht von Außen kommen. Bis Deutsch-Oesterreich sich in sich gesammelt, in sich selbst die Richtschnur seines Handelns gefunden, sei die deutsche Nationalpartei nicht in der Lage, Stellung zu der neuen Wendung einzunehmen. Nur eines sei ins Auge zu fassen, der Feldzug des Czechenthums gegen das Deutschthum in Böhmen; hier sei ein Wirkungskreis für die deusche Nationalpartei.

Abschnitt IV. über die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sagt: Nur Baden gewähre einen befriedigenden Anblick.

Abschnitt V. spricht über das Ausland.

Abschnitt VI. sagt: Aus der deutschen und europäischen Gesammt-Lage ergebe sich die Schwierigkeit der gegenwärtigen Stellung des Nationalvereins und die Aufforderung zu männlicher Ausdauer und verdoppelter Thätigkeit. Der Verein werde den gesetzlichen Boden nicht aufgeben, sich durch Drohungen nicht einschüchtern, sich durch die Ungunst des Augenblickes nicht von seiner Aufgabe abwendig machen lassen. Er fülle heute noch im Leben Deutschlands einen Platz aus, auf dem für lange Zeit schwerlich ein Ersatzmann zu finden wäre. Der großdeutsche Reformverein sei spurlos verschwunden, die jüngsten Versuche zur Bildung einer neuen Partei hätten durch ihre Erfolglosigkeit bezeugt, daß außerhalb des Programms des Nationalvereins kein Stoff für eine auf die großen Nationalzwecke gerichtete Thätigkeit vorhanden. Am wenigsten sei der Verein dem Gedanken zugänglich, daß die Frage der verfassungsmäßigen Einheit der Deutschen fallen zu lassen wäre, daß die National-Politik gewissermaßen abzudanken habe, um desto besseren Spielraum, desto größere Kräfte für die Bearbeitung der inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten zu gewinnen. Die Rücksicht auf das große Anliegen der Nation hatte dem freiheitlichen Ausbau des Einzelstaatswesens nie Eintrag gethan, während andererseits die Machtfrage, welche Deutschland bei seinem Streben zu lösen hat, nicht beliebig vertagt werden könne.

Der National-Verein könne dieselbe freilich einstweilen nur geistig, ohne Aussicht auf unmittelbaren praktischen Erfolg bearbeiten, daß sie aber nie von der Tagesordnung der öffentlichen Meinung verschwinde, dem Volksverständnisse und dem Herzen des Volkes ununterbrochen gegenwärtig bleibe, daß die richtige Beantwortung jedem deutschen Patrioten geläufig werde, das sei die Aufgabe, welche der Nationalverein unter allen Umständen erfüllen kann und soll, deren Erfüllung überdies eine wesentliche Vorbedingung für die Erreichung des Endzweckes: „die Herstellung eines in Freiheit geeinigten Deutschlands" sei. (Der Bericht hat Hrn. v. Rochau zum Verfasser.)

Der Antrag des Ausschusses des National-Vereins in der deutschen und der schleswig-holstein'schen Angelegenheit lautet:

1. Der National-Verein hält an seinem Statut fest, wonach er gleichzeitig die Einheit und Freiheit Deutschlands anstrebt, und am Programm vom Jahre 1860, worin er einen deutschen Bundesstaat mit einheitlicher Centralgewalt und einem Parlamente, sowie an dem Programm vom Jahre 1862, wodurch er eine Reichsverfassung als Ziel festgestellt hat. Der National-Verein beharrt auch auf dem Satze seines Programms vom Jahre 1860, wonach unter der Bedingung, daß auch das preußische Volk sich der deutschen Centralgewalt und Volksvertretung unterzuordnen bereit sei, und daß die preußische Regierung die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung thatkräftig wahrnehme und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit thue, Uebertragung der Centralgewalt an das Oberhaupt des größten rein deutschen Staates (der größte „rein deutsche" Staat ist Baiern. D. Red.) seitens des deutschen Volkes erfolgen werde, sowie gleichzeitig an seinem Beschlusse vom Jahre 1864, wonach die Entscheidung über den Träger der Centralgewalt der im deutschen Parlamente vertretenen Gesammt-Nation zusteht.

Der National-Verein wiederholt endlich den Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß zu einer gedeihlichen Lösung der deutschen Frage im Wege der Reform der baldige Sieg eines wahrhaft freisinnigen, nationalen Systems in Preußen erste Bedingung sei.

2. In Uebereinstimmung mit dem Beschlusse vom 1. November 1864 erklärt der National-Verein es wiederholt als eine Pflicht des deutschen Volkes, zu wachen über dem Selbstbestimmungsrechte Schleswig-Holsteins. Nur Deutschlands Interessen dürfen es beschränken. Bei dem Mangel einer deutschen Centralgewalt könne nur Preußen zur Zeit die Vertheidigung der deutschen Küsten und der deutschen Gränzen im Norden wirksam und nachhaltig durchführen.

Mit Rücksicht darauf erkennt der National-Verein die zwischen preußischen Abgeordneten und dem engeren Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine getroffene Berliner Vereinbarung vom 26. März 1865 als genügende Basis beiderseitiger Verständigung und Befriedigung der nationalen Interessen, soweit solche vor Durchführung der deutschen Reichsverfassung möglich ist. Nicht länger dürfe die Einberufung der Landesvertretung der Herzogthümer verzögert werden.

Nach Berichten aus Frankfurt, 29. October, wurde die General-Versammlung des National-Vereins durch Bennigsen um $11^3/_4$ Uhr Mittags eröffnet, den die Versammlung mit der Leitung der Verhandlung beauftragte. Das Präsidium schlägt für die Vormittagssitzung die Behandlung der schleswig-holstein'schen und der deutschen Frage vor. Die Versammlung genehmigt dies. Alle Anträge über diese Nummer der Tagesordnung werden zurückgezogen oder nicht genügend unterstützt, bis auf einen Antrag Bürger's aus Köln: 1. „Es sei gegen das Interesse Deutschlands, der preußischen Regierung irgendwelche Befugnisse der deutschen Centralgewalt auch nur vorläufig und in beschränktem Maße zuzugestehen. 2. Es sei Pflicht der preußischen Abgeordneten, ihre Opposition auch auf dem Gebiete der deutschen Politik der preußischen Regierung zu bethätigen. 3. Der Verein müsse streben, Particular-Tendenzen der Regierungen zu beseitigen, und 4. er müsse nach einem deutschen Parlamente streben. Ausschuß-Referent ist Metz. Die Anträge Bürger's werden mit überwiegender Majorität abgelehnt, die oben angeführten Ausschußanträge 1 und 2 angenommen.

Krakau, 31. October.

* Die „Carlsruher Ztg." spricht sich in einer Correspondenz aus Frankfurt über oder vielmehr gegen die vormächtlichen Noten aus. Der Artikel hält es für unzweifelhaft, daß die Regierung der übrigen deutschen Mittel- und Kleinstaaten sich der Einsicht, daß daß der wesentlichste Vortheil des Bundesverhältnisses, der Schutz des Schwächeren aufhöre, wenn das Gebot des Stärkeren eingeführt werde, nicht verschließen, und dem Senate, wenn die Angelegenheit mit dessen Antwort nicht abgethan sein sollte, kräftig zur Seite stehen werde. Von einem Staat den der Nationalverein selbst als Musterstaat aufstellt, war eine andere Auffassung der Verhältnisse füglich nicht zu erwarten. Dem Schwächern soll kein Haar gekrümmt werden, es wird nur die Anforderung an ihn gestellt, dort keine Schwäche zu zeigen, wo er stark genug ist. Den unzulässigen Umtrieben der demokratischen Partei gegenüber besitzt der kleine Freistaat Frankfurt ausreichende Macht; will er sie nicht anwenden, kann er dazu verhalten werden, vermag er es nicht, dann hat seine Regierung auch keine Lebensfähigkeit. Ohnmacht und Schwäche sind wohl zu unterscheiden. Als der vorige Großherzog von seinen lieben Unterthanen auf einem Protzkasten durch den Spessart flüchtete, fand er es ganz in der Ordnung, daß Preußen die Ordnung der Dinge in Baden selbst in die Hand nahm. Jetzt liegen die Sachen genau, so wie damals, nur daß Preußen jetzt etwas früher und zu rechter Zeit für Abwehr sorgt. Außerdem handelt es sich um persönliche Verunglimpfungen der Herrscher Preußens und Oesterreichs und hier hätte gewöhnliches Schicklichkeitsgefühl dem Frankfurter Senat den Muth zu einer anders lautenden Antwort geben sollen. Aus der patzigen und putzigen Entgegnung des Senates der freien Reichsstadt auf die Noten der Vormächte spricht die bleiche Furcht vor dem ebenso stimmberechtigten als stimmbegabten Pöbel der Heimat. Uebrigens ist es nicht richtig, was die „Carlsr. Ztg." von der Auffassung der Klein- und Mittelstaaten sagt. Nach Berliner Berichten der „K. Z." bestätigt es sich nämlich, daß eine größere Anzahl deutscher Regierungen sich in Folge der Mittheilung seitens der Großmächte den nach Frankfurt gegangenen Depeschen zustimmend geäußert und die Betretung des Bundesweges gewünscht haben. Oesterreich soll das bundesrechtliche Verfahren mit Berufung auf Artikel 28 der Wiener Schlußacte empfehlen.*)

*) Artikel 28 der Wiener Schlußacte lautet wörtlich: Wenn die öffentliche Ruhe und gesetzlichl Ordnung in mehreren Bundesstaaten durch gefährliche Verbindungen und Anschläge bedroht

Von dem Berliner Cabinet soll das freundnachbarliche Ansuchen an unsere Regierung gestellt worden sein, den Erbprinzen Friedrich zu einer baldigen Veränderung seines gegenwärtigen Domicils außerhalb der Gränzen der Herzogthümer zu veranlassen. Das Ansinnen stützt sich auf eine schon zu Anfang des vorigen Jahres gestellte Forderung ähnlichen Inhalts, die jedoch damals von dem österreichischen Buudescommissär motivirt abgelehnt wurde. Die diesmalige Forderung soll von einer genauen Darstellung der Eckernförder Vorgänge begleitet seit und daraus eine Gefährdung des Wiener Vertrages ableiten.

Je mehr der Prinz von Augustenburg von sich reden macht, um so passiver verhält sich sein Nebenbuhler, der Großherzog von Oldenburg, von dessen Candidatur auf den Elbherzogthümer-Thron ist es plötzlich ganz still geworden. In Regierungskreisen, schreibt die Berliner „Mont.-Ztg.", spricht man seit der Gasteiner Convention nicht mehr davon, wo der Großherzog große Aussichten hatte. Es scheint, daß die Prätendentenfrage überhaupt ein — überwundener Standpunct ist.

Bezüglich des von den Mittelstaaten angemeldeten Antrages auf Einberufung der holstein'schen Stände schweben Verhandlungen, welche auf die Zurückziehung desselben hinzuwirken berechnet sind. Oesterreich, schreibt die „Debatte", macht geltend, daß der Antrag, angesichts des Art. 3 des Wiener Friedens, welchen es seinerseits nicht ignoriren dürfe und werde, Niemanden nütze, weder dem Bund, noch Oesterreich, noch den Herzogthümern, und gleichzeitig Preußen nicht schade. Es will im Uebrigen, und abgesehen von der staatsrechtlichen Frage, sich des Rechtes, die holstein'schen Stände zu berufen, keineswegs begeben, aber es nimmt keinen Anstand, den in Rede stehenden Antrag als vollständig inopportun zu bezeichnen.

„Whigs und Torries — sagte neulich der Star — streiten jetzt um die Ehre, zuerst den Kaiser der Franzosen anerkannt zu haben." In der That hielt Lord Malmesbury es der Mühe werth, an die Pariser „France" zu schreiben und zu erinnern, daß nicht die Whigs, sondern die Torries am Ruder waren, als Louis Napoleon das Kaiserreich proclamirte; daß folglich ihm, Lord Malmesbury und nicht Lord Palmerston die hohe Ehre und das unsterbliche Verdienst gehöre, das Empire zuerst cordial anerkannt zu haben. Hierauf kommt aber der Londoner „Globe" und zeigt dem edlen Lord Malmesbury, daß der Lorbeer, auf den er so stolz ist, sehr geringen Werth habe. Das Kaiserthum anzuerkennen war keine Kunst, sondern bloße Routinesache. Aber zwischen dem December von 1852 und dem berühmten 2. December von 1851 verfloß, wie Lord Malmesbury wissen sollte, ein ganzes Jahr, und als der Coup d'Etat die Welt erschütterte im December 1851, war nicht Lord Malmesbury im auswärtigen Amte, sondern Lord Palmerston, der auf eigene Faust, ohne die Königin oder seine Collegen zu fragen, durch den französischen Gesandten Walewski dem Prinzen Louis Napoleon sagen ließ, daß er Recht gethan habe und daß England mit ihm zufrieden sei. Das war eine Kunst und dazu gehörte Courage.

Nachträgliche Berichte aus Rom stellen den Rücktritt Merode's in Abrede. Hr. v. Merode habe aus Gesundheitsrücksichten nur einen Urlaub nachgesucht, dieser Urlaub sei ihm bewilligt und für die Dauer desselben sei ein einfacher Stellvertreter bestellt worden — darauf reducire sich Alles. (Dem widerspricht wohl der Tagesbefehl, in welchem Merode dem päpstlichen Heere seinen Rücktritt anzeigt.) Allerdings geben jene Berichte zu, daß die Position des Waffen-Ministers erschüttert sein könnte aber sie weisen zugleich darauf hin, daß selbst der Cardinal-Secretär, sein unversöhnlicher Gegner, seinen Fähigkeiten sowohl als seiner Hingebung die vollste Anerkennung zu Theil werden lasse und keinen Vorwurf für ihn habe, als daß er zu Zeiten ein Uebermaß von Eifer an den Tag gelegt. Im Uebrigen ist, nach denselben Berichten, die Stimmung in Rom eine wesentlich hoffnungsreichere geworden. Der französische Botschafter Graf Sartiges, der die Rückreise von Paris nach Rom über Florenz gemacht und mit den leitenden Persönlichkeiten dort conferirt hat, hat sich beeilt, dem Papste die beruhigendsten Zusicherungen sowohl von Seiten seines eigenen Gouvernement als der Regierung des Königs Victor Emanuel zu unterbreiten, welche letztere speciell von den versöhnlichen und wohlwollendsten Gesinnungen beseelt und zur treuen und vollen Ausführung der Septemberconvention entschlossen sei. Die Sprache, die er geführt, hätte vielleicht einen noch größeren Eindruck gemacht, wenn er nicht, ebenfalls in einem „Uebermaß von Eifer", ausdrücklich betonen zu müssen geglaubt, daß man in Florenz weder an Rom noch an Venedig denke.

Wie ein Pariser Correspondent der „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt, lauten die Nachrichten aus Rom in Betreff einer Annäherung an das Königreich Italien günstig. „Man will allgemein wissen", schreibt derselbe, „daß man der Wiedereröffnung von Unterhandlungen mit dem Florentiner Cabinet entgegensieht. Diese Hoffnung soll, wie behauptet wird, auch der Kaiser dem Nuntius in einer Audienz am Donnerstage ausgesprochen haben, und wie die Freunde des Msgr. Chigi erzählen, sollen die Worte des Souveräns dabei zimlich accentuirt gewesen und einen tiefen Eindruck auf den genannten Diplomaten hinterlassen haben." — Auch der „Monde" zieht die Möglichkeit einer Aussöhnung zwischen dem Papstthum und dem Königreich Italien in ernstlichere Erwägung als bisher.

In Rom glaubt man, der Abzugsbefehl der Franzosen sei ein blos abgekartetes Wahlmanöver zu Gunsten Italiens; man wird in diesem Verdacht durch den Aufschub in der Truppenconcentrirung bestätigt, ja, man will wissen, Napoleon III. habe dem Papste vorläufig volle drei Monate Frist bewilligt und die officiellen Ankündigungen seien nur Geflunker. Daß etwas an diesem römischen Gerede, wird auch von Paris geschrieben, nur daß man dort das Abwarten des Verschwindens der Cholera aus dem südlichen Frankreich als Ursache bezeichnet. Denkbar wäre es ja, daß die französische Regierung nach Merode's Sturze dem Papste eine neue Frist zur Truppenwerbung bewilligt hätte.

Die griechische Regierung fährt fort, die Verwaltung ökonomischer einzurichten und namentlich die Steuererhebung zu vereinfachen. Wie die „Ind." berichtet, ist sogar von einer totalen Abschaffung der Armee die Rede gewesen, doch hat der Minister Cumunduros dagegen geltend gemacht, daß unter den gegenwärtigen Umständen Griechenland der bewaffneten Macht zu Wasser und zu Lande nicht entrathen könne, wenn die Ruhe im Innern gewahrt und die Küsten geschützt werden sollten.

Nach Berichten aus Constantinopel hat die türkische Regierung die Errichtung einer Art von Staatsrath beschlossen. Derselbe soll aus Muselmännern und Christen bestehen und mit der Ueberwachung der finanziellen Angelegenheiten und der Discussion der großen Finanzfragen betraut werden. Als Präsidenten dieses Rathes nennt man den ägyptischen Prinzen Mustapha-Pascha.

Zu erwähnen ist, daß der Newyorker Correspondent der Londoner „Times" zum ersten Male davon spricht, die öffentliche Meinung in Amerika sei gegen jedes kriegerische Vorgehen gegen Mexico.

Die neueste Nummer des „Słowo" bringt ein ziemlich umfangreiches neues Programm der ruthenischen Landtagsabgeordneten, dessen hauptsächlichste Puncte lauten: „Für das kräftige Aufblühen des österreichischen Gesammtstaates einzustehen; unverbrüchliche Treue und Ergebenheit für die Dynastie Sr. Majestät des Kaisers; Aufblühen und Festigung unserer (ruthenischen) Nationalität auf rein nationaler Grundlage; Hebung des materiellen Wohls des ganzen Kronlandes nach den Principien der Billigkeit und ohne einzelnen Classen das Uebergewicht zu geben; gerechte Vertheilung aller Pflichten hinsichtlich des Militärdienstes, der Steuern und aller andern Lasten; billige Befreiung von noch bestehenden, von der gewesenen Frohnarbeit stammenden Dienstverpflichtungen; Friede und Eintracht mit anderen Nationalitäten im Lande, von allen hegemonischen Gelüsten gleich fern, wie auch von Unterordnung der Ruthenen angesichts dieser Nationalitäten und factische Gleichberechtigung mit ihnen; das sind die unabänderlichen und leitenden Puncte und Normen unseres Verfassers" schließt das wichtige Actenstück, auf welches wir zurückkommen werden.

Der Pariser ?-Correspondent des „Czas", den letzthin die hiesigen Wahlen so ernstlich beschäftigt, macht jetzt dem erwähnten Leitartikel des „Czas" über die Stellung der polnischen Nation im Slaventhum sein Compliment. Er nennt ihn ein polnisches Programm und versichert, daß er in Paris allgemeine und volle Aufmerksamkeit erregt. Die mit der französischen Intelligenz in Beziehung stehenden Polen mußten deshalb auf vieles antworten und vieles erklären. Die „Debats" und „Opinion" haben ihn ganz oder im Auszug mit Commentar mitgetheilt, zahlreiche Correspondenzen wären seinethalben von Paris nach englischen, spanischen, italienischen Blättern abgegangen. Noch mehr — das Schreiben vom 25. d. kündigt einen hier einschlagenden — „gerechten und wahren" — Aufsatz in der „Augsb. Allg. Ztg." für die nächsten Tage an. Nur die Russen könnten die historische und civilisatorische Stellung der Polen leugnen, Ref. wisse nicht, was für einen Eindruck der Artikel auf die sehr vielen russischen Kreise in Paris gemacht, aber würde nicht staunen, wenn er in allen russischen Blättern Discussionen bekannter Tendenz und Leidenschaftlichkeit hervorriefe.

Herr v. Becke hat nach dem „Fremdenbl." seinen verlängerten Aufenthalt in Paris zu Vorbesprechungen über den österreichisch-französischen Handelsvertrag benutzt. Die Verhandlungen über letztern werden hier in den nächsten Tagen in vollen Gang kommen und sollen zu Ende geführt werden, bevor jene über den englisch-österreichischen Vertrag zum Abschluß gelangen. In London ist man über dieses Arrangement ungehalten und ist den hiesigen Vertretern Englands der Auftrag ertheilt worden, über diese neuerliche Verzögerung der Negotiationen Beschwerde zu führen, was letztere auch bereits gethan haben.

Die Bereitwilligkeit Sachsens zur Anerkennung Italiens soll sich darauf beschränken, daß Sachsen einen Handelsvertrag dem Könige von Italien gestatten wolle, wenn die anderen Zollvereins-Regierungen zustimmen.

△ **Wien**, 27. October. [Eine Aufforderung an liberale Wähler.] Der neunte Wiener Bezirk, Alservorstadt, wird demnächst einen Abgeordneten zum Landtage zu entsenden haben und demnach eine Wahlbesprechung einleiten müssen, was der „Presse" vom heutigen Tage Anlaß bietet, die Wähler aufzufordern, sich an der diesfälligen Besprechung zahlreich zu betheiligen. Obwohl von pessimistischen Anschauungen befangen, erachtet es dennoch die „Pr." als eine Gewissenspflicht, die Mitbürger aufzufordern, sich nicht ganz pessimistischen Gefühlen zu überlassen, sondern sich an der Wahl recht zahlreich zu betheiligen und sich die Gelegenheit zu einer würdevollen, aber energischen Kundgebung ihrer Ansichten und Wünsche nicht entschlüpfen zu lassen. Um den Beruf eines freisinnigen Landtags-Candidaten zu ermitteln, sagt die „Presse", gibt es nur ein untrügliches Schiboleth. „Wer für die Competenz der Landtage stimmt, über die staatsrechtlichen Fragen entscheidend zu beschließen, ist ein Mann des Gouvernements und — kein Freisinniger; und wer nicht für die Landtage stimmt, kann nicht für die Septemberacte eingenommen sein und muß die Wiederberufung des Reichsrathes wünschen." Es ist eine höchst interessante Erscheinung, daß gleichfalls heute ein anderes Organ der öffentlichen Meinung „die Reform" und beziehungsweise ihr Redacteur und Landtags-Candidat Dr. Franz Schuselka eine Aufforderung an die Wähler des 9. Bezirks ergehen läßt. Schuselka, der in diesem Bezirk bereits zu vier Malen gewählt worden ist und der nun zum fünften Male daselbst, ein Mann des Vertrauens der freisinnigen Wähler dieses Bezirks, candidirt, verkennt nicht die Wichtigkeit des Moments, für ihn hat außerdem die bevorstehende Neuwahl des 9. Bezirks der Reichshauptstadt eine besondere, wahrhaft historische Bedeutung und darum wünscht auch er dringend, daß die Wählerschaft sich nicht blos zahlreich betheilige, sondern die ganze Bevölkerung Wiens die bevorstehende Wahl in ihrer hohen sachlichen Bedeutung betrachten möge. Ganz richtig sagt Schuselka, es handle sich nicht um Persönlichkeiten, sondern hauptsächlich und vorherrschend darum, daß von der Reichshauptstadt, unmittelbar aus dem politischen Leben der Bürger selber eine Manifestation ausgehe über die große Reichsfrage, für oder gegen den Weg, den die Regierung eingeschlagen, für oder gegen die freie Bahn, welche Se. Majestät der Kaiser allen Völkern geöffnet hat. Wir ersehen hieraus, daß die Motive ungleich sind, welche die „Presse" und die „Reform" zu einer Aufforderung der Wähler bestimmten, sich an der Wahlbesprechung zahlreich zu betheiligen und, wie Schuselka schreibt, nicht blos als Zuhörer für die Candidatenreden zu erscheinen, sondern als sehr eifrige und strenge Interpellanten und Examinatoren der Candidaten und es steht somit fest, daß die Wahlbewegung nicht nur eine interessante, sondern auch vom principiell politischen Standpunct wichtige sein wird, weil hiebei einem freisinnigen Bezirk der Reichshauptstadt die Gelegenheit geboten ist, sich über die Cardinalfrage der Gegenwart auszusprechen und dadurch dem Vertrauen in die gegenwärtige Regierung Ausdruck zu geben. Von unserm Standpuncte aus können wir demnach nur auf das lebhafteste wünschen, daß die Betheiligung an dem Wahlacte eine recht innige und zahlreiche werde, damit es sich erweise, daß der gesunde Sinn der Wähler die freie Bahn, welche der Monarch allen Völkern zur Consolidirung und Constituirung des Reiches, zur freien Verständigung und Vereinbarung geöffnet hat, im vollen Maße zu würdigen und hievon auch den richtigen Gebrauch zu machen wisse. Uebrigens wird die nächste Zeit uns des Weiteren belehren.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29. October. Se. Majestät der Kaiser ist heute Vormittags von Schönbrunn nach Wien gekommen, empfing den Grafen Eßterhazy, nahm den Vortrag des Grafen Belcredi entgegen und fuhr nach Erledigung der Staatsgeschäfte nach Schönbrunn zurück. Nachmittags fand in Schönbrunn ein Familiendiner statt, bei welchem Ihre kaiserl. Hoheiten sämmtliche Herren Erzherzoge und Frauen Erzherzoginen anwesend waren.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung ddto. Schönbrunn den 26. October d. J. den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig zum Protector für die Betheiligung Oesterreichs an der bevorstehenden Ausstellung in Paris und an künftigen Weltausstellungen von großer Bedeutung, so wie für die seinerzeit in Wien abzuhaltenden Weltausstellung, ferner den k. k. geheimen Rath Mathias Constantin Grafen Wickenburg zum Präsidenten des Centralcomité für die Beschickung der Pariser Ausstellung allergnädigst zu ernennen geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna hat bei allerhöchst Ihrer Abreise von Galliera in gewohnter Huld die dortigen Armen reichlich beschenkt. Auch der k. k. Polizeidirection in Venedig hat Ihre Majestät eine namhafte Summe in Gold zur Vertheilung an arme Familien zugesendet.

Ihre k. Hoheiten Herr Erzherzog Franz Carl wird am 4. November aus Ischl, Frau Erzherzogin Sophie am 15. aus Dresden hier eintreffen.

Se. k. Hoheit Erzherzog Ernst ist heute aus Schönkirchen hier eingetroffen.

Die zur Controle der Staatsschuld berufenen Mitglieder haben sämmtlich angenommen und werden morgen bei Sr. Majestät dem Kaiser Audienz haben.

Graf Buol-Schauenstein, einstiger Minister des Aeußern, ist gestern am Schlagfluß gestorben. (Graf Karl Ferdinand Buol-Schauenstein, einer graubündnerischen Familie entsprossen, Sohn des 1834 gestorbenen Staatsministers Grafen Johann Rudolph Buol-Schauenstein, war am 17. Mai 1897 geboren und ward, nachdem er frühzeitig die diplomatische Laufbahn betreten, 1828 österreichischer Gesandter in Karlsruhe, 1838 in Stuttgart und 1844 in Turin, welchen Posten er erst nach der Kriegserklärung vom 22. März 1848 verließ. Zu Ende dieses Jahres erhielt er den Gesandtschaftsposten in St. Petersburg und 1851 jenen in London, von woher er jedoch nach dem im April 1852 erfolgten Tode des Fürsten Schwarzenberg nach Wien zurückberufen wurde, um das Ministerium des Aeußern zu übernehmen. Dieses führte er — während desselben an den Pariser Friedens-Conferenzen von 1856 theilnehmend — bis nach dem Ausbruche des italienischen Krieges, nach welchem er im Mai 1859 seine Entlassung nahm. Er lebte seither auf seinen Gütern. Graf Buol wurde Samstag Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr auf dem Graben während einer Promenade vom Schlage gerührt und hauchte 1 Stunde später im Gasthof „Zum römischen Kaiser", woselbst er zeitweilig wohnte, in Gegenwart der Fürstin Julie Obrenowich, Schwester des Grafen Hunyady (Schwiegersohnes des Grafen Buol) und des herbeigerufenen Professors Sigmund seinen Geist aus.)

Deutschland.

Die nassau'sche Abgeordnetenkammer hat am 26. d. den Antrag auf Wiederherstellung der im Jahre 1851 aufgehobenen Verfassung vom 28. December 1819 und der Wahlordnung von 1848 mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

In Altenburg ist, nach Berichten aus Dresden vom 28. d., die Cholera fast ganz erloschen, während in Leipzig ihr Auftreten bis jetzt auf einen am 21. October vorgekommenen einzelnen Fall beschränkt geblieben ist. In Werdau ist dagegen ein Abnehmen noch nicht bemerkbar, vielmehr sind dort am 27. wieder 19 Erkrankungen angemeldet worden. In Dresden und den übrigen größeren sächsischen Städten ist der Gesundheitszustand vortrefflich.

Zu St. Gilgenberg ist am letzten Sonntag ein kleines Fest gefeiert worden. Man gab auf der Hausbühne zwischen Musikvorträgen zwei Stücke, von welchen das zweite, „Die kleine Sängerin", ein reizender Scherz in einem Acte mit eingelegten Couplets, von Gutzkow für diesen Abend und für die Mitwirkung seines Töchterchens Selma berechnet und verfaßt worden war. Gutzkow nahm, wie die „N. Fr. Pr." meldet, nicht nur während der Aufführung den regsten Antheil, sondern verkehrte auch im Saale bis spät in die Nacht hinein mit den geladenen Gästen in liebenswürdigster Weise. Auch sämmtliche Proben und Arrangements der Bühne hatte der Dichter mit dem lebhaftesten Interesse geleitet. Mit dem freudigen Gefühle, daß es der hingebendsten ärztlichen Pflege gelungen, den schwer erkrankten Dichter so weit der Genesung entgegenzuführen, und daß der Augenblick wohl nicht mehr fern ist, wo Gutzkow der Welt und seinen vielen Verehrern wiedergegeben werden kann, verließen die Geladenen das schöne, so segensreich wirkende Institut.

Die Berliner „Mont.-Ztg." schreibt: Graf Bismarck wird bis Mittwoch (1. November) hier zurückerwartet. Unmittelbar nach seiner Ankunft beginnen die Minister-Berathungen, welche sich dann wohl auf den Landtag beziehen möchten, den man zum 14. Januar einberufen muß. Daß der Graf Bismarck trotz seines Aufenthaltes im Seebade procul negotiis die Seele der Vorgänge, welche in Bezug auf die auswärtige Politik in den letzten Wochen von sich reden machten, gewesen ist, wird von gut unterrichteter Seite mit Bestimmtheit behauptet. — Die Besorgnisse, welche der Zustand des Staatsministers a. D. von Auerswald einflößte, sind noch nicht gehoben, obwohl derselbe bereits Ausfahrten gemacht hat. Man befürchtet, daß ein organisches Herzleiden vorhanden sei.

Frankreich.

Paris, 27. October. Die „France" meldet, daß der Kaiser gestern die Militär-Hospitäler des Val-de-Grace und des Gros-Caillon besucht hat. — Der Abend-Moniteur berichtet, daß die Kaiserin in einem eigenhändigen Schreiben der Wittwe Palmerston's ihr Beileid bezeigt hat. — Von Lord Cowley's Rücktritt und der Ernennung des Lord Granville zum englischen Gesandten in Paris ist auch hier jetzt stark die Rede. — Graf Bismarck traf gestern hier ein und tritt laut der „France" am Sonntage die Rückreise nach Berlin an. — Graf Bismarck scheint wirklich die Tage, welche er hier zuzubringen denkt, für seine Politik ausnutzen zu wollen. Wenigstens ging gestern bereits Graf v. d. Goltz als Vorbote zu Herrn Drouyn de Lhuys, in der Absicht, das Terrain zu sondiren. Der Gegenstand der Besprechung soll wieder die Gasteiner Convention und ihre Folgen gewesen sein. — Obwohl Fould bereits die General-Einnehmer durch ein Circular in Kenntniß gesetzt, daß man sie versuchsweise auf den Aussterbe-Etat bringen wolle, so ist die vollständige Durchführung der Maßregeln noch immer nicht definitiv beschlossen; es handelt sich eben erst um einen Versuch. — General Yussuff ist mit Gefolge in Marseille eingetroffen. — Frau Solms-Ratazzi, geborene Wyse-Bonaparte, weniger célèbre als fameuse durch ihren letzten Roman, dessen man sich wohl noch erinnert, ist mit einem neuen solchen Werke aufgetreten, das unter dem Titel: „Les pièges des maris" eine naturgetreue Copie des Lebens und der Sitten der Demi-Monde von Paris enthalten soll. Die edle Verfasserin scheint auf einen „succès de scandale" gerechnet zu haben, indessen ist dem sauberen Romane wenigstens der Colportagestempel durch die betreffende Commission versagt worden.

„Die barmherzigen Schwestern" ist die Ueberschrift eines Leitartikels der France zur Verherrlichung der Kaiserin Eugenie. Sylvester de Sacy hatte gestern einen Artikel über den Besuch der Kaiserin in den Cholera-Spitälern gebracht und erzählt, einer der Sterbenden, dessen Besinnung schon zu schwinden be-

---

sind, und dagegen nur durch Zusammenwirken der Gesammtheit zureichende Maßregeln ergriffen werden können, so ist die Bundesversammlung befugt und berufen, nach vorgängiger Rücksprache mit den zunächst bedrohten Regierungen, solche Maßregeln zu berathen und zu beschließen.

gonnnen, habe auf eine Frage, welche die Kaiserin an ihn richtete, geantwortet: „Oui ma soeur!“ und als die Schwester ihm entgegnet habe: Freund, nicht ich bin es, die zu ihnen spricht, sondern die Kaiserin!“, sei diese ihr lebhaft ins Wort gefallen und habe gesagt: „Lassen Sie es gut sein, dies ist der schönste Name, den er mir geben konnte!“ Die France apostrophirt die Kaiserin, nachdem sie diese Stelle aus Sacy's Artikel ausgehoben. „Ja, Madame,“ ruft sie ihr zu, „dieser milde Name einer barmherzigen Schwester ist der schönste, den man der heroischen und aufopferungsfähigen Frau, der liebenswürdigen Souverainin geben kann, welche muthig in die Reihen der frommen Krankenwärterinen für die Armen eintritt, um dem Unglücke Milderung und Trost zu bringen! Und wer verdient diesen Namen mehr, als Ew. Majestät? Ist es nicht gleichbedeutend mit Muth, Hingebung und Aufopferung?“... Es ist in dieser Apostrophe wie in dem ganzen Artikel der France viel höfisches; aber er ist nicht zu verkennen, daß alle politischen Parteien und alle Classen der Kaiserin einen Schritt hoch anrechnen, welcher allerdings ihrem Herzen und muthigen Charakter Ehre macht.

Schweiz.

Am 24. begann der Schweizer Nationalrath die Revision der Bundesverfassung und zwar kam zunächst der das Niederlassungswesen regelnde Art. 41 zur Berathung. Nach der von der Commission des Nationalraths vorgeschlagenen Fassung gewährleistet dieser Artikel „allen Schweizern das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft“ freilich unter einer Reihe von Bedingungen, welche mitunter recht beengend lauten. So hat der um die Niederlassung in irgend einem Canton sich meldende Schweizer christl. Confession einen Heimatschein, ein Zeugniß sittlicher Aufführung, eine Bescheinigung daß er in bürgerlichen Rechten und Ehre stehe und einen Ausweis, daß er sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei, beizubringen. Es wurden mehre Amendements eingebracht, welche dem Artikel eine mehr oder minder liberale Fassung zu geben versuchten, oder welche, (wie die Commission des Ständerathes es beantragt) in dem Artikel nur das Princip der freien Niederlassung ausgesprochen, die näheren Bestimmungen aber der übrigen Gesetzgebung vorbehalten wollten. Am 25. kam es zur Abstimmung und bei derselben wurde der Commissionsantrag mit 52 gegen 49 Stimmen, also mit einer Majorität von nur 3 Stimmen angenommen.

Am 26. d. hat der Nationalrath die von seiner Commission vorgeschlagene Redaction des die Glaubensfreiheit betreffenden Bestimmungen enthaltenden Artikels 44 mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Mehrheit angenommen. Dieser Artikel lautet jetzt: Art. 44. Die Glaubensfreiheit ist unverletzlich. Um des Glaubensbekenntnisses willen darf Niemand in den bürgerlichen oder politischen Rechten beschränkt werden. Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Confessionen, so wie innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung auch jeder anderen Religions-Genossenschaft im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet. Den Cantonen, so wie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Confessionen und Religions-Genossenschaften die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Der Berner „Bund“ vom 25. October sagt, die Hoffnung, daß das Urner Appellationsgericht das Urtheil gegen den Buchdrucker Rynicker (welcher bekanntlich wegen Gotteslästerung zu 20 Ruthenstreichen verurtheilt wurde) abändern werde, ist enttäuscht; Rynicker hat die Strafe bereits ausgestanden. Der „Bund“ fügt hinzu, wenn die Urner glauben, nun sei die ganze Geschichte vorbei, so irren sie sich; das Verdict der öffentlichen Meinung in der gesammten gebildeten Welt wird nachfolgen.

Belgien.

Berichte aus Brüssel, 26. d., melden eine hochherzige Aeußerung des Herzogs von Brabant. Der Herzog von Brabant leidet bereits viel von dem eingetretenen feuchten Herbstwetter. Die Aerzte wollten ihn wieder nach dem fernen Süden schicken, aber der Herzog erwiderte: „So lange Brüssel mit der Cholera bedroht ist, weiche ich nicht und bleibe, wie es mir die Pflicht gebietet, um alle Gefahren mit den anderen Bürgern zu theilen.“

Italien.

Das „Giornale di Roma“ meldet, daß der Brigade-General Kanzler zum Prominister der Waffen an Stelle Merode's, der seines Amtes aus Gesundheitsrücksichten enthoben, ernannt worden ist. (Kanzler war unter Lamoricière Oberst der päpstlichen Armee.)

Merode hat am 20. October seinen Rücktritt dem päpstlichen Heere in folgendem Tagesbefehle angezeigt:

Se. Heiligkeit haben in gnädiger Rücksicht auf meine Gesundheit geruht, mich von dem Amte eines Pro-Ministers der Waffen zu entbinden. Indem ich mich von der päpstlichen Armee trenne, will ich den Männern, aus denen dieselbe besteht, meine Erkenntlichkeit wegen des guten Einvernehmens bezeugen, das unter uns herrschte, so wie wegen der Beihülfe, die sie mir bei jeder Gelegenheit geliehen haben. Während der sechs Jahre, die wir mit einander verlebt, hatten wir große Wechselfälle und Prüfungen mancher Art zu dulden. Die Erinnerung daran wird uns für unsere ganze Lebenszeit theuer bleiben, weil es ein Angedenken an Entsagung, Loyalität und an Gewissens- und Pflichttreue ist. Ich bin überzeugt, das der heilige Vater in Euch stets Soldaten finden wird, die Ehrgefühl und Muth haben und des berühmten Führers, den Ihr soeben verloren habt, so wie der großen Sache, die Ihr vertheidigt, würdig sind. Xaver de Merode.

Nach Berichten aus Neapel ist es in der Stadt und der ganzen Provinz zu keiner definitiven Wahl gekommen. Der Eifer bei den Wahlen war so lau, daß durchschnittlich nur ein Viertel der Wähler erschienen, und da ein Candidat, um definitiv gewählt zu sein, zwei Drittel der Stimmen der sämmtlichen eingeschriebenen Wähler haben muß, so könnte von keinem definitiven Resultate die Rede sein. Selbst Garibaldi ist nicht gewählt worden, der in San-Ferdinando von 1224 Eingeschriebenen und nur 437 wirklich Wählenden 385 Stimmen erhielt.

In Reggio (d'Emilia) ist am 22. d. M. gegen 8 Uhr Abends Professor Volpi, Redacteur der „Italia centrale“, auf offener Straße angefallen und mit acht Dolchstichen verwundet worden. Man hofft jedoch, ihn noch retten zu zu können. Die eigentliche Veranlassung der Missethat ist unbekannt, ebenso bis jetzt die Person des Mörders.

Rußland.

Zu der gestern gebrachten wichtigen Nachricht, daß den 27. d. der Administrator der Warschauer Diöcese, Hochw. Rzewuski, auf Anordnung der Regierung, aus Warschau entfernt und ihm zum ständigen Aufenthalt die Stadt Astrachan angewiesen wurde, bemerkt „Dzien. Warsz.“: Dieses Mittel, mit welchem die Regierung bis zur äußersten Nothwendigkeit gezögert, in der Hoffnung, daß Hochw. Rzewuski endlich die Pflichten besser werde schätzen können, die seine Würde ihm auferlegt, wurde durch den Eigensinn hervorgerufen, womit der Administrator durch die ganze Zeit seiner Diöceseverwaltung, der Durchführung aller Regierungsanordnungen sich unabläßig widersetzte, indem er sich zu einer offenbaren und systematischen Opposition aufgeworfen, die eben so nutzlos, als mit dem wohlverstandenen Interesse der Kirche selbst unverträglich ist. Der „Dzien. War.“ wirft einen Ueberblick auf die Haltung des Hochw. Rzewuski seit dessen Uebernahme der Diöceseverwaltung, wo er dem Ablegen der Trauer und dem Läuten in den Kirchen sich widersetzt und so die Solidarität in den der Empörung vorangehenden Demonstrationen auf sich genommen hatte. Doch selbst nach Bewältigung des Aufstandes verharrte er bei seiner der Regierung feindseligen Haltung und ohne die ihm ertheilten Warnungen zu beachten, unterhielt er unmittelbare Verbindungen mit dem päpstlichen Nuntius in Wien und versandte ohne Ermächtigung der Regierung kirchliche Anordnungen an die Consistorien verschiedener Diöcesen im Königreich Polen. Dieser Umstand war hauptsächlich die Ursache der Enthebung des Administrators, obwohl er noch andere gesetzwidrige Handlungen in neuester Zeit sich zu Schulden kommen ließ. Dem Warschauer Capitel bleibt es anheimgestellt einen würdigen Candidaten zum Administrator zu wählen, der von der Regierung bestätigt wird. Was Hochw. Rzewuski betrifft, hat die Regierung, indem sie ihn in ein entferntes, doch warmes Land gesandt, in Berücksichtigung seiner Würde und des Alters, diesem Prälaten die Mittel zum anständigen Unterhalt in seinem neuen Aufenthaltsort gesichert, indem er den jährlichen Gehalt, der einem Warschauer Suffragan gebührt, regelmäßig beziehen wird.

Amerika.

Laut Berichten aus Veracruz vom 5. October ist in Oajaca und Sinaloa ein Aufstand ausgebrochen. Der Kaiser hat dem Vernehmen nach mehrere Officiere der Conföderirten angestellt und 1000 Oesterreicher, welche Jalapa und Perate behufs der Ueberrumpelung Alatorne's verließen, wurden, wie es heißt, von diesem geschlagen und büßten dabei ihre gesammte Artillerie und 600 Gefangene ein. Der in Newyork residirende Consul des Kaisers von Mexico stellt die Richtigkeit dieser Mittheilung in Abrede. Oberst Allen hat den General Ortega verhaften lassen, weil ihm dieser die Zahlung für die Recrutirungs-Auslagen verweigere.

Der Kaiser Maximilian hat, um die Indianer-Stämme der Sonora für den Muth und die Hingebung, welche sie in der Aufrechthaltung seiner Sache bewiesen hatten, zu belohnen, die Entschließung getroffen, daß fünfzig junge Knaben der Notabeln dieser Stämme nach der Stadt Mexico gebracht und dort auf seine Kosten erzogen werden sollen. Sechs derselben, die sich am meisten durch Fleiß und Fähigkeit hervorgethan haben, werden später nach Europa gebracht und dort bis zu ihrem sechzehnten Jahre eine höhere Ausbildung erhalten.

Die „Hamb. H.-H.“ bringt ein Telegramm mit Nachrichten aus San Francisco bis zum 13. d. M. Ein furchtbarer Sturm hat am 1. d. die Westküste von Mexico heimgesucht. Die Hauptstadt, Mexico selbst, war überschwemmt; der muthmaßliche Verlust wird auf 20 Mill. Dollars veranschlagt.

Doctor Mudd, einer der Mitschuldigen des Mörders Booth, hat vor Kurzem in Dry Tortugas, wo er sich zur Abbüßung der über ihn verhängten Strafe befindet, einen Fluchtversuch in folgender Art gemacht. Es gelang ihm auf den Dampfer „Thomas Scott“ zu kommen und dort verbarg er sich im Kohlenmagazin, seinen Körper, mit Ausnahme des Gesichtes, mit Kohlen überdeckend. Es wurde an Bord des Schiffes eine genaue Untersuchung vorgenommen, die aber resultatlos blieb und schon wollte man sich zurückziehen, als einer der Offiziere seinen Degen in die Kohlen hineinbohrte. In demselben Augenblicke hörte man einen durchdringenden Schrei und Dr. Mudd stieg mit durchstochener Wange aus den Kohlen hervor. Er wurde hierauf ins Gefängniß zurückgebracht und in Ketten gelegt.

Die „Patrie“ bringt neueste Nachrichten aus Mexico vom 30. September. Zwei Monate hatte dort Platzregen gewüthet; allenthalben waren Ueberschwemmungen. Der Kaiser hatte einen Ausflug zu Schiff gemacht, ist jedoch bereits nach der Hauptstadt zurückgekehrt. Es werden Schutzwerke angelegt. Die Militäroperationen dauern fort. Die Insurgenten unter Mendez wurden bei Tamaulipas geschlagen; die Verbindung zwischen San Luis und Tambico ist hergestellt.

Meldungen aus Hayti vom 2. October zufolge dauert die Belagerung fort. Ein Proviantschiff wurde von den Insurgenten genommen; der Hunger treibt sie zur Uebergabe.

Aus Panama meldet der Pariser „Patrie“ eine Depesche, daß der Befehlshaber des peruanischen Insurgentengeschwaders, Montero, durch Geldnoth gedrängt, am 15. Sept. mehrere Capitäne der auf den Chinchasinseln Guano ladenden Schiffe an Bord kommen ließ und das Verlangen an sie stellte, fürderhin einen Theil ihrer Zahlungen in seine Hände zu liefern. Die Capitäne protestirten dagegen und wandten sich sofort beschwerend an ihre Consuln in Lima. Darauf hin segelte der Commandant der spanischen Fregatte Numancia, welche der Admiral Pareja bei seinem Abgange nach Valparaiso zum Schutz vor Collao zurückgelassen hatte, unverweilt nach der Inseln, wo sich zwei spanische Schiffe befanden und erklärte Montero, daß wenn er von seiner Forderung nicht abstehe, Gewalt gegen ihn gebraucht werden müsse. Da Montero sich dem nicht aussetzten wollte, so gab er nach.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 31. October.

α Wie wir hören, wird morgen Mittwoch um 8½ Uhr früh in der griechisch-katholischen (St. Norbert-)Kirche, aus Anlaß der glücklichen Genesung Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand, des Wohlthäters und Gründers vieler ruthenischer Kirchen in Galizien, ein Dankgottesdienst abgehalten werden.

* In der letzten Sitzung der Section für Archäologie und Kunst in der Krakauer Gelehrtengesellschaft referirte Professor Ladislaus Łuszczkiewicz über seinen wissenschaftlichen Ausflug in die Gegend von Melsztyn, Czchów und Rożnow und legte die von ihm angefertigten und im zweiten Heft seiner „Denkmäler der Baukunst“ herausgegebenen Pläne und Durchschnittsabrisse der Kriegsbauten im letzteren Ort vor. Schließlich wurde Einsicht von dem bereits in Druck erschienenen Diplomatarium genommen, der den zweiten Theil der großen Publication einer Monographie von Mogiła bildet.

* Morgen als am Allerheiligen-Tage beginnt der alljährliche Ablaß in der St. Peterkirche, die bekanntlich auch die Parochie der nicht mehr bestehenden Allerheiligen-Kirche umfaßt. Uebermorgen am Allerseelentage eilt Jeder, dem heimgegangene Lieben auf den Friedhof vorangegangen, dorthin ihren Ruheplatz zu besuchen und Immortellen darzubringen und geht die übliche Procession von der Nikolaus-Kirche zum Kirchhof, wo in der Auferstehungscapelle ein Seelenamt celebrirt wird.

* Vom 1. November d. J. an wird das Einreichs-Protocoll der k. k. Direction des Grundentlastungs-Fonds und der k. k. Landescommission für Grundlasten-Regulirung und -Ablösung von 8—2 Uhr Nachmittags an Wochentagen und von 8—12 Uhr Mittags an Sonn- und Feiertagen offen sein. Von demselben Datum an sind die Bureaustunden in der hiesigen Filiale der k. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft täglich von 9—3 Uhr Nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

* In jeder Operette Offenbach's gibt es Melodien, die man lieb gewinnt, wie die Sprüchwörter, man hört deshalb auch jede wieder von Zeit zu Zeit gern. Der „Salon Pitzelberger“ gehört nicht zu seinen Meisterstücken, hat aber Stücke, die den Maestro bekunden und ist besonders hier früher vorzüglich gegeben worden. Die gestrige Aufführung bei theilweise veränderter Besetzung stand den gewesenen nicht nach. Wieder war es Frl. Maschek, welche die große Stimme führte, und sie hat Stimme, die von ihrer Frische während ihrer Absentirung nichts eingebüßt. Fagotist Kanafaß gewann durch H. Guttmann. Herr Paulmann stand seinen Mann auch im Trio, wie der Humor stets im Spiel zu ihm steht. Hr. Ernst als forcirter Groom war sehr ergötzlich aber kein „Sächser“. Als Pseudo-Levassor brachte er die Choristen-Leiden mit Effect zu Gehör und wußte in Exterieur und Darstellung sein Vorbild bestens nachzuahmen. Die zweite Beigabe „Mutter und Kind“ ist wohl füglich dorthin zu verweisen, wo die Posse spielt, d. i. wo der Pfeffer wächst oder wenigstens der Bambus; es ist mehr als eine Posse, eine geschmacklose Farce. Morgen geht die neue Operette von Klerr „Das war ich“ in Scene, in der Fr. Hammermeister „die böse Nachbrin“ singt; außerdem das nettr „Versprechen hinterm Herd“ und eine Scene mit Gesang.

* Der „Czas“ wird vom 2. k. M., also von Donnerstag angefangen, nicht mehr früh, sondern des Abends erscheinen. Diese Aenderung, schreibt derselbe, werde viele Vortheile bieten, die Nachrichten aus dem Westen und aus Lemberg würden dadurch schneller gebracht werden können, letzteres sei jetzt in Hinsicht auf die nahe Eröffnung des Landtages von um so größerer Wichtigkeit. In der Provinz werde der „Czas“ auf diese Weise schon um einen Tag früher in den Händen der Abonnenten sein.

* Der hiesige Schützen-Verein versammelte sich vorgestern zum Zwecke der Verständigung hinsichts der Candidatur zum Landtags-Abgeordneten für Krakau. Die HH. Leon Feintuch, Vinc. Wolff und Advocat Balko schlugen als Candidaten Herrn Ludw. Hölzel, dieser den Präsidenten der Krakauer Wohlthät. Gesellschaft Senator Hoszowski vor. Der „Czas“ ist unwirsch darüber, daß der Verein „seinen“ Candidaten zu stellen beabsichtigt. Er wolle wohl das Casino in Kopenhagen nachahmen, aus dem sogar Minister hervorgegangen, jenes sei jedoch ein wahrer politischer Clubb gewesen; wollten es alle Vereine so machen, dann würde wohl der Schützen-, Gelehrten-, Feuerversicherungs-, Wohlthätige, Kunst-Verein, aber nicht das Land seinen Repräsentanten haben. Die Candidaten müßten aus den Wahlversammlungen hervorgehen. Der Aerger des „Czas“ rührt davon her, daß die von ihm befürworteten Candidaten im Schützenverein keine Gnade gefunden. Der genannte Verein hat den ganz berechtigten Wunsch, selbständig und frei von jeder Beeinflußung zu wählen. Derselbe besteht aus den angesehensten und wohlhabendsten Bürgern, seine Stimme ist deshalb von großer Bedeutung, das weiß der „Czas“, deshalb ereifert er sich so sehr.

* Auch heute wieder, diesmal aus dem Sandec'schen, berichtet man dem „Czas,“ daß die Wahl des Grafen Agenor Gołuchowski zum Landtag gesichert sei. Durch den Telegraphen antwortete der Candidat seinen Wählern: „Eingedenk der Bürgerpflicht bin ich stets bereit, dem ehrenvollen Ruf der theuern Landsleute Genüge zu leisten.“ In Lemberg sei jedoch seine Wahl keineswegs aufgegeben, und käme sie dort zu Stande, so würden die Sandecer Wähler es wohl nicht verübeln, daß der Graf die Wahl Lembergs vorziehen müßte. In politischen Sachen könne man sich nicht durch die Artigkeit allein leiten lassen.

* Eine Anzahl Bauern der Gemeinde Mokre (Bezirk Zassow) hatte sich am 26. d. zusammengerottet und wollte die vorgeschriebene Fegung der Kamine durch den bestellten Rauchfangkehrermeister nicht gestatten. Einige derselben widersetzten sich sogar der zur Unterstützung des Unterrichters herbeigeeilten Gensdarmerie-Patrouille, versuchten sie zu entwaffnen, wodurch dieselbe gezwungen wurde, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Mehre der Renitenten sind theils schwer theils leicht verwundet. Die Untersuchung gegen die Schuldtragenden ist eingeleitet.

* In der Nacht vom 17. auf den 18. hat in Ryglica ein Brand stattgefunden, durch welchen das Wohngebäude, die Stallungen, das Vieh und die Getreidevorräthe der Erben des Jan Mozdzierz in Flammen aufgingen. Das Feuer soll gelegt gewesen sein. — Am 21. d. ist das Haus der Maria Sajdak in Tuchow abgebrannt. Auch hier vermuthet man Brandlegung.

* In der Sitzung des Lemberger Gemeinderathes vom 26. d. kam bei der Berathung über das Gemeindestatut der Paragraph über die Zahl der Christen und jene der Juden, welche im Gemeinderath Platz nehmen sollen, zur Verhandlung. Der Entwurf des Gemeindestatuts stellte die Zahl der Gemeinderäthe mit 100 fest, von denen nur 15 Israeliten sein sollen. Die Verhandlung wurde durch eine sehr ernstvolle Rede des Herrn Markus Dubs eingeleitet, der auseinandersetzte, daß die Israeliten selbst eine vollnändige Gleichberechtigung im Gemeinderathe nicht verlangen, und sich mit kleinen Concessionen begnügen. Die Majorität adoptirte den Modus des Entwurfs, während ein Vermittlungsantrag des Gemeinderathes Wild, der allein zu Gunsten der Israeliten das Wort ergriff, und die Zahl der israelitischen Gemeinderäthe mit 18 fixirt wissen wollte, kaum zehn Stimmen vereinigte. Dieser Beschluß wird von den polnischen Journalen einstimmig mißbilligt. Sie finden, daß diese, ungeachtet des Entgegenkommens und der mäßigen Ansprüche der Juden getroffene Entscheidung sowohl jeder rechtlichen Grundlage entbehrt, als auch unpolitisch sei und zweifeln, ob dieser Paragraph in höherer Instanz unangefochten bleiben werde.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 30. October. Private Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 62—77, gelber 62—74. Roggen 51—55. Gerste 36—45. Hafer 25—29. Erbsen 56—68. — Raps (per 150 Pfund Brutto) 264—284, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 248—270. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 200—220.

Wien, 30. October, Abends. [Czas.] Nordbahn 1633. — Credit-Actien 161.40. — 1860er Lose 85.05. — 1864er Lose 75.80.

Paris, 30. October, 3% Rente 68.30.

Lemberg, 28. October. Holländer Ducaten 5.16 Geld, 5.21 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.19 Geld, 5.24 W. — Russischer halber Imperial 8.88 G., 9.01 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.67 G., 1.70 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.40 G., 1.42 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.60 G., 1.62 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 66.35 G., 67.03 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 69.72 G., 70.37 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 69.73 G., 70.42 W. — National-Anlehen ohne Coup. 69.42 G. 70.22 W. — Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 178.67 G. 181.42 W.

Krakauer Cours am 30. Octob. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 113 verl., 110 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 121 verl. 118 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 84½ verlangt, 83 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 480 verl., 470 bez — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 141½ verl., 138½ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 160½ verl., 158½ bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 94¾ verl., 93¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung. 107 verl., 106 bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.23 verl. 5.13 bez. — Napoleondors fl. 8.80 verl., fl. 8.65 bez. — Russische Imperials fl. 8.95 verl., fl. 8.80 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 68.50 verl. 67.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 72.— verl., 71.— bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 73.50 verl., 72.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons fl. östr. Währ. 182.— verl., 178.— bez.

Krakau, 27. October. An der Gränze des Königreichs Polen waren die Zufuhren wieder zahlreicher, Weizen höher, die übrigen Gattungen trotz guten Verkaufs unverändert. Auf den Zollkammern bei Krakau Verkehr größer als in früheren Jahren, mehr Nachfrage, deshalb die Preise über den Werth. In Baran und Michałowice Weizen am letzten Markt bez. 22, 24—26 fl. p. der Korez, 30—31, der schönste gedroschene 32½. Das übrige im Preise der vergangenen Woche. In Krakau Handel transito ebenso animirt als Dinstag, Preise unverändert. Bedeutende Partien auf eigenes Risico bis nach Breslau geführt. Verkehr für Loco-Bedarf etwas besser, besonders Getreide in schöner Gattung gesucht. Schöner galizischer Weizen bez. 7.20—7.40, ungarischer von Kaschau 7.50—7.60, der schönste weiße sogar bis 8 fl. ö. W. für 172 Pfd. Roggen hatte guten Absatz zu Preisen des vergangenen Marktes, sonstige Artikel unverändert.

Neueste Nachrichten.

Pesth, 30. October. Das Organ des Freiherrn Eötvös, „Politikai Hetilap“, zergliedert die Schwarzsche Wahlrede und weist die Vorwürfe gegen den Adel zurück. Weiter wird das Programm des zu Raab candidirenden National-Oekonomen Kautz, besonders so weit es die materiellen Fragen behandelt, mitgetheilt. Danach sind das Auswärtige, Handel, Zollpolitik, Reichscommunicationen, indirecte Hauptsteuern und Monopole, sowie die Veränderung der Staatsschuld mit einschlägigen Finanz-Operationen den gemeinsamen Angelegenheiten beizuzählen.

Hamburg, 29. October. Die letzteingetroffenen Stockholmer Blätter besorgen die Nichtannahme der k. Proposition über die Reichstagsrepräsentation von Seite der Ritterschaft und Priesterschaft.

Das Kopenhagener „Dagbladet“ enthält eine Correspondenz aus Stockholm, welcher zufoge Volksunruhen befürchtet werden falls die Reform des Reichstages mißlinge. Geüchte behaupten, daß eine Truppenconsignirung stattgefunden habe.

Florenz, 29. October. In Florenz sind heute Ricasoli, Peruzzi, Rubieri und Cipriani, in Alessandria ist Ratazzi und in Ancona General Birio gewählt worden.

Florenz, 29. Oct. (Nachts). Die „Italie“ bestätigt, daß Prinz Napoleon und Prinzessin Clotilde nach der Schweiz zurückkehren werden, ohne Florenz zu besuchen.

Man glaubt, daß die portugiesischen Majestäten der Eröffnung des Parlamentes nicht beiwohnen werden. Dieselben werden am 10. November eintreffen.

Pepoli, Minghetti, Garibaldi, Boggio, Cesare Cantù und Dr. Ondes Reggio sind wiedergewählt worden.

Von den übrigen bis heute Abends bekannt gewordenen Wahlen der verschiedenen Parteinuancen gehört die Mehrzahl der gemäßigten Partei an.

London, 30. October. Die Königin ist heute angekommen und hat Earl Russells Cabinet, in welchem Lord Clarendon das Portefeuille des Auswärtigen übernahm, genehmigt. Sonst hat kein irgend wesentlicher Personenwechsel stattgefunden.

Der Kronprinz von Preußen ist mit Familie hier eingetroffen.

Paris, 30. October. Dem „Moniteur“ zufolge hat der Kaiser gestern den päpstlichen Nuntius Msgr. Chigi in Privataudienz empfangen.

Bukarest, 28. October. Floresco wurde zum Präsidenten des Staatsraths ernannt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 30. auf den 31. October.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Graf Franz Bethlen aus Ungarn, Dąbski Władysław aus Wojniez und Tarło Joseph aus Judkowice.

Abgereist sind die Herren: Kamocki Stanislaus nach Polen und Rubczyński Adolf nach Galizien.

Des auf morgen fallenden h. Festes wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes Donnerstag.

Z. 28281. **Kundmachung.** (1087. 3)

An den nachbenannten westgalizischen k. k. Gymnasien sind mehrere Lehrerstellen zu besetzen, und zwar:

Ort des Gymnasiums	Gehalts-Classe	Zahl der Stellen	Lehrfach	Anmerkung
Krakau Ober-Gymnasium	erste	eine	Latein, Griechisch	Befähigung für's ganze Gymnasium
Krakau Unter-Gymnasium	dritte	eine	Latein, Griechisch	polnische Unterrichtssprache
Bochnia Unter-Gymnasium	dritte	zwei	Latein, Griechisch	polnische Unterrichtssprache
Neu-Sandez Ober-Gymnasium	dritte	zwei	Latein, Griechisch	deutsche und polnische Unterrichtssprache
Tarnow Ober-Gymnasium	dritte	zwei	Latein, Griechisch	deutsche und polnische Unterrichtssprache
Rzeszow Ober-Gymnasium	dritte	zwei	Latein, Griechisch	deutsche und polnische Unterrichtssprache

Zur Besetzung dieser Lehrerstellen wird der Concurs bis Ende November l. J. ausgeschrieben.

Die Bewerber um eine dieser Lehrerstellen haben ihre an das hohe k. k. Staatsministerium gerichteten Gesuche innerhalb der Concursfrist bei der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau unmittelbar, oder wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, mittelst der vorgesetzten Behörde unter Nachweisung ihres Alters, ihrer Studien, so wie der erlangten Lehrbefähigung zu überreichen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 21. October 1865.

Obwieszczenie.

Przy następujących c. k. gimnazyach w Galicyi zachodniéj jest kilka posad nauczycielskich do obsadzenia, a mianowicie:

Miejsce, w którém znajduje się gimnazyum	Klasa pensyi	Ilość posad	Zawód nauczycielski	Uwaga
w Krakowie przy gimnazyum wyższém	I	jedna	z języków klasycznych łacińskiego i greckiego	uzdolnienie dla całego gimnazyum
w Krakowie przy gimnazyum niższém	III	jedna	dtto	język wykładowy polski
w Bochni przy gimnazyum niższém	III	dwie	dtto	język wykładowy polski
w Nowym Sączu przy gimnazyum wyższém	III	dwie	dtto	język wykładowy polski i niemiecki
w Tarnowie przy gimnazyum wyższém	III	dwie	dtto	język wykładowy polski i niemiecki
w Rzeszowie przy gimnazyum wyższém	III	dwie	dtto	język wykładowy polski i niemiecki

W celu obsadzenia tych posad nauczycielskich rozpisuje się konkurs do końca listopada b. r.

Ubiegający się o jednę z wyżéj wymienionych posad w czasie konkursem oznaczonym wnieść mają podania do wysokiego c. k. Ministerstwa stanu przez c. k. Komisyą namiestniczą w Krakowie bezpośrednio, lub jeżeli już w służbie rządowéj zostają, w drodze swego przełożonego urzędu. Do podania przyłączyć należy świadectwo urodzenia, ukończonych nauk i uzdolnienia do zawodu nauczycielskiego.

Z c. k. Komisyi namiestniczéj.

Kraków, dnia 21 października 1865.

Z. 15092. **Licitations-Ankündigung.** (1075. 3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnow wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Behufs Verpachtung der Verzehrungssteuer vom Fleischverbrauche mit Inbegriff des den Gemeinden Tarnow, Jasło und Ropczyce bewilligten Zuschlages in einigen Pachtbezirken für die Zeitperiode vom 1. Jänner 1866 bis Ende Dezember 1866, und bedingungsweise auch für die darauf folgenden Solarjahre 1867 und 1868 an den nachstehend ausgewiesenen Tagen die öffentliche Versteigerung bei dieser k. k. Finanz-Bezirks-Direction abgehalten werdenwird, und zwar:

Post-Nr.	Benennung des Pachtbezirkes	Tarifs-Classe	Ausrufspreis für 12 Monate fl.	kr.	10% Vadium fl.	Tag der Abhaltung der Licitation
1.	Tarnow sammt den dazu gehörigen Ortschaften	II u. III	20966	98	2097	Am 6. November 1865 Vormittags
2.	Baranow dtto.	III	1567	86	157	Am 6. November 1865 Nachm.
3.	Jasło dtto.	III	2505	—	251	Am 7. November 1865 Nachm.
4.	Pilzno dtto.	III	1621	13	162	Am 8. November 1865 Vorm.
5.	Żabno dtto.	III	2005	—	201	Am 9. November 1865 Vorm.
6.	Ropczyce dtto.	III	1836	80	184	Am 9. November 1865 Nachm.

Es werden übrigens auch schriftliche Anbote angenommen und es müssen die diesfälligen mit dem Stempel von 50 Kreuzer versehenen und mit dem obigen Vadium belegten Offerte spätestens bis sechs Uhr Abends des dem Licitationstermine vorangehenden Tages gehörig versiegelt bei dem Vorstande dieser k. k. Finanz-Bezirks-Direction überreicht werden.

Die übrigen Pachtbedingnisse können hieramts während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Tarnow, am 18. October 1865.

Kundmachung. (1093. 3)

Man beehrt sich zur Kenntniß zu bringen, daß vom 6. November l. J. angefangen, die Verwechslungscassa und die Filial-Leih-Anstalt der priv. österr. National-Bank nicht mehr bei der k. k. Landeshauptcassa im Hause Nr. 178 Weichsel-Gasse, sonder bei dem Filiale der priv. österr. Nationalbank im Hause Nr. 16 (am Ringplatze) I. Stock amtiren wird.

Von diesem Tage an werden bei dem Bankfiliale Anweisungen auf die Bank-Central-Casse in Wien gegen eine Provisions-Vergütung von Ein Vierzehntel Percent ($^1/_{14}$%) von Hundert Gulden österr. Währ. ausgegeben und können täglich von 9 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags erhoben werden.

Ebenso wird die Bank-Central-Cassa in Wien unter selben Modalitäten Bank-Anweisungen auf das Bankfiliale in Krakau ausstellen.

Die Erlagscheine zu den Bank-Anweisungen erhalten die Parteien im Amts-Locale unentgeldlich.

Von dem Filiale der priv. österr. National-Bank.

Krakau, 18. October 1865.

Z. 8527. **Kundmachung.** (1092. 3)

Wegen Verpachtung der beiden Mauthstationen Czerwoniec und Rzegocina auf der Wiśnicz'er Kreisstraße wird für die dreijährige Periode vom 1. Jänner 1866 bis 31. Dezember 1868 die schriftliche Offerten-Verhandlung bei dem k. k. Bezirksamte in Wiśnicz am 23. November 1865 stattfinden.

Der Ausrufspreis beträgt jährlich:

a) der Mauthstation Czerwoniec . . 5817 fl.
b) der Mauthstation Rzegocina . . 1286 fl. 59 kr.

Die diesfälligen Offerten sind an dem obigen Termine längstens bis 11 Uhr Vormittags einzubringen.

Den Offertlegern wird es frei stehen, ihre Anbote auf eine oder die andere, oder zusammen auf beide dieser Mauthstationen zu stellen, und es werden von diesen Anboten entweder die einzelnen Anbote für die betreffenden Stationen, oder aber der gemeinschaftliche Anbot auf beide Stationen zur Bestätigung als geeignet angesehen werden, je nachdem die einzelnen, oder der gemeinschaftliche Anbot für den obigen Kreisstraßenfond sich günstiger herausstellen wird.

Jede einzubringende Offerte muß mit der vorschriftsmäßigen Stempelmarke und mit dem 10% Vadium von dem betreffenden Anbote versehen sein; ferner muß der Anbot für jede der betreffenden Mautstationen, wenn er auch gemeinschaftlich auf beide Stationen ausgestellt werden sollte abgesondert, für ein jedes Jahr der obigen Pachtperiode mit Ziffern und Buchstaben ausgeschrieben, dann die Offerte mit dem Vor- und Zunamen des Offerenten unterfertigt und darin der Wohnort desselben angegeben sein.

Die weiteren Bedingnisse können jederzeit bei der k. k. Kreisbehörde eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, 18. October 1865.

Nr. 11131. **Kundmachung.** (1098. 1)

Aus Anlaß der gleichzeitig erfolgenden Ausschreibung der Neuwahl eines Landtagsabgeordneten in dem Landgemeinde-Wahlbezirke: Żywiec, Ślemień, Milówka, für den 29. Dezember l. J. wird hiemit auf Grund des § 22 der L. W. O. das Verzeichniß der in diesen Wahlbezirken nach den Bestimmungen des § 14 der L. W. O. als Wahlmänner berechtigten Besitzer landtäflicher Güter mit dem Beisatze verlautbart, daß Reclamationen binnen 14 Tagen vom Tage der Kundmachung beim Statthalterei-Präsidium in Lemberg eingebracht werden können, und daß Reclamationen, die nach Ablauf dieser Frist erfolgen, als verspätet werden zurückgewiesen werden.

Der Ort und die Stunde der Wahlhandlung wird den Wahlberechtigten in den ihnen zukommenden Legitimationskarten bekannt gegeben werden.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, am 27. October 1865.

Franz Freiherr v. **Paumgartten** m. p.

Obwieszczenie.

Z powodu równoczesnego rozpisania wyboru poselskiego w okręgu wyborczym gmin wiejskich, powiatów: Żywiec, Ślemień, Milówka, na dzień 29 grudnia r. b. ogłasza się na podstawie § 22 Ordynacyi wyborczéj wykaz posiadaczy dóbr tabularnych, uprawnionych do wyboru posła sejmowego w tymże okręgu wyborczym wedle § 14 Ord. wyborczéj z tym dodatkiem, że reklamacye mogą być wniesione do c. k. galicyjskiego Prezydyum Namiestnictwa we Lwowie w przeciągu dni 14, licząc od dnia tego obwieszczenia i że reklamacye wniesione po upływie tego terminu odrzucone zostaną.

O miejscu i godzinie aktu wyborczego będą uprawnieni do wyboru uwiadomieni przez karty legitymacyjne.

C. k. Prezydyum Namiestnictwa.

Lwów, 27 października 1865.

Franciszek baron **Paumgartten** m. p.

Verzeichniß

der in dem Landgemeinde-Wahlbezirke: Żywiec, Ślemień, Milówka, nach den Bestimmungen des § 14 der Landtagswahlordnung zur Theilnahme an der Wahl des Landtagsabgeordneten, als Wahlmänner berechtigten Besitzer landtäflicher Güter.

Wykaz

posiadaczy dóbr tabularnych, uprawnionych do wyboru Posła sejmowego wedle § 14 ordynacyi wyborczéj w okręgu wyborczym gmin wiejskich, powiatów: Żywiec, Ślemien, Milówka.

Vor- und Zuname des Wahlberechtigten Imię i nazwisko wyborcy	Benennung des landtäflichen Gutes Nazwa tabularnéj posiadłości
Gabrysiewicz Adam Erben der Thekla Gabrysiewicz	Sleszowice górne Sleszowice dólne

Lemberg, 27. October 1865.

L. 11313. **Obwieszczenie.** (1099. 1-3)

Odnośnie do przepisu § 24 Ustawy wyborczéj i z odwołaniem się do reskryptu c. k. Prezydyum Namiestnictwa z dnia 28 września 1865 r. w dodatku do nru. 229 gazety Krakowskiéj ogłoszonego podaje się niniejszém do publicznéj wiadomości, iż karty legitymacyjne dla mieszkających w kraju wyborców kategoryi większych posiadłości ziemskich obwodu dawniéj Krakowskiego (dziś Krakowskiego i Wadowickiego) tymże przez właściwe Urzęda powiatowe, lub wprost przez pocztę za recepisem przesłane zostały.

Niemieszkających zaś w kraju a do wyboru uprawnionych wzywa się, ażeby przygotowane dla nich karty legitymacyjne u naczelnika obwodu Krakowskiego lub Wadowickiego, w którego obrębie ich dobra do wyboru uprawniające leżą, sami odebrać zechcieli.

Pełnoletni współwłaściciele dóbr tabularnych do wyboru uprawniających, niemniéj ci do wyboru uprawnieni właściciele takichże dóbr, którzy przez zastępcę głosować myślą, zwrócić zechcą uwagę swoją na postanowienia §§ 9 i 15 Ustawy wyborczéj; przyczém się nadmienia, że do wyboru umocowani dotyczące pełnomocnictwo razem z kartą legitymacyjną w dzień wyboru komisyi wyborczéj złożyć winni.

Zresztą dodaje się, iż pełnomocnictwo dla zastępcy wedle przepisu §§ 182 i 185 postępowania sądowego wystawione być winno i do głosowania w ogólności, lub téż na wymienionych w témże kandydatów upoważniać może.

Z c. k. Władzy obwodowéj.

Kraków, 30 października 1865.

N. 7334. **Kundmachung.** (1086. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte Bochnia wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß wegen Lieferung der Bespeisung der hierortigen Inquisiten-Sträflinge 1. Grades und politischen Sträflinge auf die Dauer vom 1. Jänner 1866 bis inclusive 31. Dezember 1866 am 30. November 1865 um 10 Uhr Vormittags in der hierortigen Bezirksamtskanzlei eine Minuendo-Licitation abgehalten werden wird.

Unternehmungslustige werden, versehen mit der im Baren oder in Staatspapieren zu leistenden Caution pr. 400 fl. ö. W. zur obigen Licitation mit dem Bemerken vorgeladen, daß die Licitationsbedingnisse am Licitationstage eingesehen werden können. Vom k. k. Bezirks-Amte.

Bochnia, am 21. October 1865.

Anzeigeblatt.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**